



Petition 197261

Haushaltswesen - Einführung einer verfassungsrechtlichen Steuer- und Abgabengrenze

| | |
|-------------------|--|
| Text der Petition | Mit der Petition wird die Einführung einer verfassungsrechtlichen Steuer- und Abgabengrenze gefordert. |
| Begründung | <p>An den Deutschen Bundestag, wir fordern die Ergänzung des Grundgesetzes um eine verbindliche Obergrenze für die Steuer- und Abgabenlast. Der Staat darf künftig nicht mehr als einen festzulegenden Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch Steuern und Sozialabgaben einnehmen.</p> <p>Begründung: Die finanzielle Belastungsgrenze der Bürger und Betriebe ist erreicht. Angesichts explodierender Spritpreise, steigender CO2-Abgaben und drohender Mehrwertsteuererhöhungen bleibt den arbeitenden Menschen immer weniger zum Leben. Die aktuelle Politik reagiert auf Krisen fast ausschließlich mit neuen Belastungen, statt bestehende Mittel effizient zu nutzen.</p> <p>Wir fordern daher: Priorisierung statt Erhöhung: Der Staat muss mit den vorhandenen Rekordeinnahmen auskommen. Ausgaben – etwa für Militärhilfe oder internationale Projekte – dürfen nur finanziert werden, wenn die Grundversorgung und Mobilität im eigenen Land (z. B. durch Senkung der Energiesteuern) sichergestellt sind. Stopp der schleichenden Erhöhungen: Automatische Mehrbelastungen durch die „Kalte Progression“ oder steigende CO2-Preise müssen durch Steuersenkungen an anderer Stelle neutralisiert werden, um unter dem Deckel zu bleiben. Transparenz: Jede neue Ausgabe muss durch die Einsparung einer alten Ausgabe gegenfinanziert werden (Prioritätenliste). Es muss Schluss sein mit der fortwährenden Erhöhung der Staatsquote.</p> |